

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 204.

1911. Nr. 132.

Zweite Ausgabe

Sonnabend, 18. März 1911.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Hinterhaus. Eing. Nr. 200a. Telephon 155; Adressat-Telephon 1272. Druckerei der Verlagsbuchhandlung in Halle a. S.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburgerstraße 30. Telephon Amt VI Nr. 16 290. Druck und Verlag von Otto Zeltow in Halle a. S.

Deutsches Reich.

In das preussische Schulbuch sind im Monat Februar 1911 im ganzen rund 34,8 Millionen Markt eingetragen worden. Hieron sind rund 17,4 Millionen Markt durch Vermittlung der Seehandlung (Preussische Staatsbank) im Wege der Verzinsung — ohne Umwandlung eingekauft. Etwa — an Schulbuchforderungen begründet worden. Am Schlusse des Jahres 1910 waren insgesamt annähernd 30 v. H. der preussischen Staatsbank ins Schulbuch eingetragen. So erfreulich auch die Vermittlung des Staatsbankbuches fortwährend gearbeitet werden müssen, damit es in immer weitere Kreise einbringt und seinen Verursachern als Sparbüchse für die nationalen Erparnisse zum Vorteile für den Staatskredit und damit für die Allgemeinheit immer vollkommener erfüllt. Die Nationalbankende der letzten Zeit beweisen wieder von neuem, wie leicht das Publikum durch das Angebot eines höheren Zinssatzes sich verleiten läßt, seine Erparnisse Banken von zweifelhafter Sicherheit anzuvertrauen, die diese fruchtlosen Gelder in illiquiden und oft wenig vertrauenswürdigen Unternehmungen festlegen. Gerade jetzt in der Zeit der Dividendenabgaben lohnt es sich vielleicht, auf die Vorteile hinzuweisen, die mit der Schulbuchverzinsung verbunden sind. Sie gewährt eine vollkommen sichere, sorglose und folienfreie Vermögenslage; die Verzinsung beträgt anwährend dem gegenwärtigen Kursstand der preussischen Staatsbanknoten effektiv 3,7 v. H. bzw. 3,9 v. H. (bei 3/4 v. H. bzw. 4 Prozentigen Schulbuchforderungen); die Zinsen werden verlost durch die Königl. Reichsbanknoten und Reichsbanknotenbesitzer. Die Begründung von Schulbuchforderungen ist denkbar einfach. Sie kann durch alle Banken und Postämter, die Regierungs-Kassenstellen und Kreisstellen, durch die Reichsbankstellen sowie durch Einschubung bei jedem Postamt auf das Postfachkonto der Königl. Seehandlung (Preussische Staatsbank) Berlin Nr. 100 erfolgen. Zu näherer Auskunft durch folienlose Uebersendung eines populär gehaltenen Flugblattes oder der amtlichen Nachrichten über das preussische Schulbuch ist die Seehandlung (Preussische Staatsbank) jederzeit bereit.

Zur Kaiserreise nach Wien. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bestätigt: Dem Vernehmen nach macht die Kaiserin die Fahrt nach Rom gemeinsam mit dem Kaiser. Demnach findet trotz ihres angegriffenen Gesundheitszustandes eine Unterbrechung der Reise in Wien statt. Sie wird an dem Besuche bei Kaiser Franz Josef teilnehmen. Prinzessin Viktoria Luise begleitet die Eltern nach Wien und Rom; ebenso macht Prinz Joachim die Reise bis Wien mit, da der Kaiser Wert darauf legt, den Prinzen seinem Vater vorzustellen.

Der deutsche Botschafter in London. Graf Wolff-Metternich, hat London mit vorläufigem Urlaub verlassen.

Das Ausführungsrecht zum Zwangsenergiegesetz. Dem preussischen Abgeordnetenhaus ist der Entwurf eines Ausführungsgesetzes zu dem am 1. April 1911 in Kraft tretenden Reichsenergiegesetz vorgelegt worden, welches die Rechtsmittel, die Verteilung der Gemeinden und Kreise an den Prozent der Steuererträge regelt und außerdem die für die Veranlagung und Erhebung der Steuer zuständigen Stellen bestimmt. Die Veranlagung der Zwangsenergie erfordert, wie die Begründung des Gesetzesentwurfes ausführt, ein besonderes Maß von Geschäftsmündigkeit und Erfahrung, weshalb Paragraph 1 des Entwurfes in Landgemeinden bis zu 3000 Einwohnern als Veranlagungsbehörde den Kreisrat vorschreibt, in den größeren Landgemeinden und in allen Stadtgemeinden den Gemeindeverordneten, in den Landgemeinden der Rheinprovinz und Westfalens den Landbürgermeister bzw. die Amtmänner. Was die Rechtsmittel betrifft, so kann gemäß Paragraph 44 des Gesetzes die dort vorgesehene Beschwerde gegen den Steuerbescheid landesrechtlich ausgeschlossen werden. Hieron macht der Gesetzesentwurf, dessen Paragraph 2 die Rechtsmittel nach den Vorschriften des Gemeinde- und Kreisgesetzes ordnet. Doch werden die Revisionseröffnungen des Oberverwaltungsgerichtes in nicht öffentlicher Sitzung erfolgen, was, wie die Erfahrung bei den Einkommensteuerbescheiden zeigt, eine schnellere Erledigung als bei kontradiktorischem Verfahren möglich macht. Die rechtlichen Paragraphen des Entwurfes regeln die Teilung des Anteils an der Zwangsenergie zwischen den Kreisverordneten, Gemeinden und dem Kreise.

Landtag und Wasserrecht. Bisher war angenommen worden, daß der Entwurf des preussischen Wassergesetzes dem Abgeordnetenhaus noch in dieser Tagung vorgelegt werden würde, um ihn dann zur Vorbereitung einer Zwischenkommission nach Art. 107 der Verfassung, die die Reichsverfassungsrevision vorbereitet hat, zu überweisen. Nach dem Stande der Arbeiten an jenem Entwurf erscheint es aber ausgeschlossen, daß er vor dem Monat Juni zur gesetzgeberischen Befassung reif wird. Wenn, wie nach den

jetigen Geschäftsdispositionen anzunehmen ist, die Verhandlungen des Landtages im übrigen vor Anfangen zu Ende geführt werden können, wird die Vorbereitung eines Entwurfs in der jetzigen Tagung nicht mehr angingig sein. Es würde also das zu erwarten sein, ob man nicht den Landtag sehr früh im Herbst zusammenberiefe, um ihn zunächst nur mit der ersten Lesung des Wassergesetzes zu befassen und so für eine Reihe von Wochen Kommissionsarbeit bis zum normalen Beginn der Plenarverhandlungen zu gewinnen; denn ohne außerordentliche Maßnahmen dieser Art wird es kaum möglich sein, einen so schwierigen und umfassenden Gesetzesentwurf in einer überdies noch mit anderen größeren Aufgaben, wie z. B. mit der Reform der direkten Besteuerung, belasteten Session zum Abschluß zu bringen.

Das Fortbildungsschulwesen. Die Gewerbeordnungs-Kommission des Reichstages legte am 17. cr. die zweite Lesung zu Paragraph 120a (Fortbildungsschulwesen). Der gefasste Beschluß, nach dem für alle Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern eine Fortbildungsschule eingerichtet werden muß, wurde gegen acht Stimmen wieder aufgehoben. Die Debatte über das Fortbildungsschulwesen wurde abgebrochen. Bis zur nächsten Sitzung soll verhandelt werden, eine neue Fassung zu finden.

Die Haftpflicht für Sachbeschädigungen. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung meldet: Am Reichstagsrat am 15. März die Beratung mit Sachbeschädigten und Vertretern des Verbandes deutscher Lebensversicherer und des Vereins deutscher Straßenbahn- und Kleinbahnverwaltungen statt, wobei es sich namentlich um Ausdehnung der reichsgesetzlichen Regelung auf die Haftpflicht für Sachbeschädigungen und um die besonderen Verhältnisse der Straßenbahnen handelte. Die Sachverständigen sind grundsätzlich mit dem Reichstagsrat gemacht worden und sind einverstanden und wollen auf weitreichende Wünsche im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes verzichten.

Der Abzug von Kalkülen. In der Sitzung des Bundesrates am 16. cr. wurde die Zustimmung zu der Ausführungsbestimmungen des Gesetzes über den Abzug von Kalkülen erteilt.

Die Londoner Deklaration und Deutschland. Wie eine Londoner Meldung besagt, habe Sir Edward Grey über die Londoner Deklaration gesprochen, er betreibe, daß sie in Deutschland gemacht sei. Deutschland sei nicht beider an ihr interessiert. Alle Länder wünschten in gleichem Maße, sie zu ratifizieren. Wenn England sie nicht ratifizieren sollte, so würde das für die anderen Signalermächtigung, die sie als einen entscheidenden Schritt nach vorwärts betrachten, eine große Enttäuschung sein.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

51. Sitzung vom 17. März, 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Prott u. Solz.
Ein schleuniger Antrag auf Einstellung eines gegen den Abg. Dr. Niechardt (Sog.) beim Ehrengericht der Anwaltskammer zu Berlin imhobenden Verfahrens wird der Geschäftsordnungs-Kommission überwiegen.

Höhere Lehranstalten.

Die Einzelberatung des Anwaltsrates wird fortgesetzt.
Ein Antrag Biersch (Hanz.) bittet um eine Anzahl von höheren Lehranstalten der sächsischen Provinzen die russische Sprache an Stelle der englischen als fakultativen Unterrichtgegenstand in den Lehrplan aufzunehmen. Ein von Mitgliedern aber bürgerlicher Fraktionen unterstützter Antrag Biersch (Hanz.) bittet, auf das Revisionsdienstalter der Richter, soweit eine Dienstzeit über den Jahre 1902 in Betracht kommt, diejenige Dienstzeit anzunehmen, die öffentlichen Schuldiener anzuordnen, während deren der Hilfslehrer, ohne anderweit angestellt zu sein, an einer öffentlichen höheren Lehranstalt fortlaufenden Unterricht erteilt hat, auch wenn die Zahl der wöchentlichen Unterrichtsstunden weniger als zwölf betragen hat.

Der Antrag Biersch zur russischen Sprache hat die Budget-Kommission übernommen.

Abg. Siebert (Sog.): Das humanistische Gymnasium muß in seiner Eigenart erhalten werden. Darin besteht uns auch ein anonomer Brief, der die humanistische Bildung einen Fluß für die Jugend nennt. (Geheißt.) Der Lateinunterricht in Realschulen wird der Minister der Kultivität überlassen. Das billigen wir. Die Anforderungen an den Lehrplan hängen sich ja ohnehin ständig. Auch die Bürgerkunde kann ein selbständiges Fach nicht werden; sie kann nur nebenbei in Deutsch, Geschichte usw. berücksichtigt werden. Der Gedanke von Sonderkursen für hervorragende begabte Schüler hat zunächst etwas Befriedigendes. Aber die Schüler dieser Sonderkurse oder Klassen werden dann sofort etwas Abgespanntes mit auf den Weg bekommen. Dazu ist bekannt, daß die besten Schüler nicht immer die leistungsfähigsten Männer im profanischen Leben werden. Die Zugänglichkeit der Weimarer Jugendstilweise wäre nur zu begrüßen. Wenn man bedenkt, was der Jugend an zweifelhaftem Zeug in Zeitschriften, Romanen usw. anzugetrieben wird, so ist eine gründliche literarische Pflanzung zu begrüßen. (Beifall.) Auch die Vermaltung und Ergänzung der Schulbibliotheken kann hier Gutes stiften. Den Antrag über die Anrechnung der Hilfslehrerdienstzeit bitte ich wohlwollend zu prüfen. Bei der Ueberlieferung über die Schüler in den Schulbüchern sollte der Begriff Ausländer näher bestimmt werden. Sind darunter auch die Angehörigen anderer Bundesstaaten zu verstehen, so hieße das, die große nationale Ergründung zu verlieren, die wir seit 40 Jahren haben. (Zustimmung.) Es ist wohl kein Zufall, daß wir den

Aufsetzt an letzter Stelle beraten. Alles muß ausstrahlen in diesem Etat. Die Schule ist die Jugend und die Jugend ist die Zukunft unseres Volkes. (Beifall.)

Abg. Dr. Oeh (Hr.): Den Vertretern der Realschulmänner stehen wir sympathisch gegenüber. Aber den humanistischen Gymnasien darf kein Vorwurf geschehen. Natürlich müssen die einzelnen Gattungen der höheren Schulen reichlich nebeneinander wirken. Auch wir müssen die Bürgerkunde nicht als besonderes Unterrichtsfach und nicht Begner jedes neuen Unterrichtsfaches, die Stenographie vielleicht ausgenommen. Die Bürgerkunde hat ihre Schwächen. Man hat ausgerechnet, daß bei der Bürgerkunde zu 45 Minuten den Schülern in der Zeit von neun Jahren ein volles Schuljahr entspricht wird.

Abg. Dr. Maurer (Sog.): Wir sind für die Freiheit der Entwicklung. Wo die Verhältnisse dahin drängen, soll man sich Gymnasium ruhig in ein Realgymnasium verwandeln. Freiheit auf den Universitäten ist am Plage. Aber die Lehrerberechtigten ist doch zu reformieren, damit nicht Lehrkräfte den Unterricht übernehmen, die wissenschaftlich nicht genügend ausgebildet sind. Unter den Kandidaten des höheren Lehramts ist das katholische Element auffällig stark vertreten; nachher flagen die jungen Leute, daß sie keine Anstellung finden. Das Zeugnis unmittelbar vor Weihnachten kann ruhig wegfallen.

Abg. Biersch (Sog.): Wir begreifen die allgemeinen Dienstverpflichtungen des Ministers für die Rektoren und Oberlehrer; hier ist die glückliche Hand unverkennbar. Das humanistische Gymnasium wünschen auch wir zu erhalten. Das schließt nicht aus, daß auch der Unterbau dieser Anstalten sich den Reformplänen anpaßt. Das Verzichtswesen ist ein Schaden für unsere höheren Schulen; es drängt das Streben auf sachliche Bildung zurück.

Abg. Dr. Maurer (Sog.): Die Rektoren den Vorredner lege ich für die freundliche Anerkennung verbindlichen Dank. Mit der Weisheit der Vorredner bin ich darin einverstanden, daß das humanistische Gymnasium erhalten bleiben muß. Vor allem kommt es auf den Geist an, der die Initiaten deckt; ihn zu pflanzen ist meine Hauptaufgabe. Daß den Abiturienten der Mittelschule die Möglichkeit gegeben werden soll, das Einfache zu modern, habe ich schon betont; es würde jedoch die Höhe einer fremden Sprache hinzutreten müssen. Was die Bürgerkunde betrifft, so soll sie in geeigneten anderen Fächern mitberücksichtigt werden. Die förderliche Ausbildung der Jugend verfolge ich mit besonderem Interesse. Die Zeit am Segeln. Neben ihm wird gefördert. Oft sind die Ausbilder die besten Schüler. Natürlich muß Maß gehalten werden. Aber auch dafür werde ich sorgen. (Beifall.)

Geheimer Rat: Der Antrag Biersch über die Anrechnung der Hilfslehrerdienstzeit trägt auf schwere Bedenken. Abg. Gieseler (Sog.): Die Dienstverpflichtung des Ministers hat im allgemeinen befriedigt. Die Verbringung sollte schon am Beginn des Probejahres erfolgen. Die Bedenken des Vorredners teile ich nicht; ich halte am Annahme des Antrages Biersch. Ein heftige Frieren für ganz Preußen würde ich nicht. Hier und da nähert sich aber die großen Sommerferien gar zu sehr dem Herbst. Den Antrag Biersch zur russischen Sprache werden wir gern unterstützen.

Ein Kommissar des Finanzministeriums: Dem Antrag Biersch können wir nicht entsprechen. Die Meinungsoberbehörden sind zwischen dem Besatz und uns geht ja im wesentlichen auf eine juristische Frage zurück. Aber die Rechtspredung ist auf unserer Seite.

Abg. Siegenist (Sog.): Auch wir werden dem Antrag zur russischen Sprache zustimmen. Die Unterdrückung der politischen Sprache an den höheren Lehranstalten ist futuristisch.

Abg. Dr. Niechardt (Sog.): Auch das Protestariat hat an den höheren Schulen Interesse. Inwieweit ist der Minister die Wahrung der Gelehrte die Weiterbildung der proletarischen Jugend in den Jugendorganisationen unterbindet. (Präsident v. Krüger wird der Redner zur Ordnung.)

Abg. Gieseler (Sog.): Der Vorredner hätte besser getan, uns einmal zu erzählen, wie die Bildungsmöglichkeiten im Zukunftsaufbau aussehen werden. (Sehr gut.)
Ein Schlußantrag wird angenommen. Der Antrag über die Hilfslehrerdienstzeit wird angenommen.
Die Beratung wird abends 1/2 Uhr verlegt.
Schluß 5 Uhr.

Deutscher Reichstag.

150. Sitzung vom 17. März, 11 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Dehler, v. Bernuth.
Der Eintritt in die Tagesordnung nimmt das Wort
Präsident Graf Schwerin: Heute vor 50 Jahren ist der italienische nationale Einheitsstaat offiziell begründet worden, und das ganze italienische Volk feiert diese Begründung und Vereinigung des Königreichs Italien. (Beifall.)
Die Abgeordneten haben sich bis auf einige Zentrumsparteiende von den Führern erhoben. Das deutsche Volk wird an dieser Feiertag des im verbündeten und befreundeten italienischen Volks den lebhaftesten Anteil nehmen. (Beifall.) Ich habe mir deshalb gestattet, im Namen des deutschen Reichstages an den Präsidenten der italienischen Deputiertenkammer, ein Telegramm zu richten. (Beifall.) Ihr Beifall zeigt mir, daß ich mit dieser Anrede in ihrem Sinne gehandelt habe. Ich stelle das Haus jetzt darauf die Beratung des

Etats des Reiches und des Innern
sein Kapitel „Allgemeine Fonds“; Weiter zur den Verband deutscher Arbeitsnachweise fort.
Abg. Seibert (Sog.): Die Arbeitsnachweise mit ihren „schwarzen Listen“ sind der schlimmste Hebel der Verarmung im wirtschaftlichen Leben. Sie sind Schuld an vielen großen Streiks. Wo liegt die gesetzliche Regelung der Frage?
Abg. Gieseler (Sog.): In die Arbeit des Reiches muß mehr Leben kommen. Auch wir beauern die Ausbreitung der Arbeitsnachweise.

Abg. Oest (Soz.) fordert die Gründung eines Reichsdenkmals.

Heim Kapitel: Schiffvermessungsamt fordert Abg. Wagner (Soz.) handliche Kontrolle der Seetätigkeit der Schiffe...

Ministerialdirektor v. Jonevicius: Seunfälle werden vorzuziehen, solange auf See gefahren wird. Wasser hat keine Balken. Die Verantwortung muß dem Schiffsführer überlassen bleiben.

Abg. Kirch (Soz.): Der Beweis, daß die Kontrolle der Seeverkehrsangelegenheit mangelhaft ist, ist nicht erbracht.

Abg. Kersch (Soz.): Die Firma Eloma steht in dem Ruf großer Paranoia. Aber das Urteil über diese Infälle ist ja noch nicht gesprochen.

Abg. Naab (Soz.): Diese Fragen können bei der allgemeinen Beratung des Meist nicht genügend erörtert werden. Meiner Ansicht nach wird der Ton des Regierungsberaters nicht der Situation angemessen.

Abg. Wollenbaur (Soz.): Das Argument des Regierungsberaters, daß das Wasser keine Balken hat, ist nicht erbracht.

Abg. Hermann (Soz.): Der Vordrucker ist in seiner Kritik doch zu weit gegangen. Ob eine Meeresreise gut, gehört der Entscheidung der Gerichte. Und daß die Seeverkehrsangelegenheit alles Mögliche getan hat, ist ja von niemand bestritten worden.

Es folgt das Kapitel Statistisches.

Abg. Herr. v. Gamp (Soz.): Ich wiederhole meine frühere Anregung, die Statistik zu vereinfachen. Eine normale Vereinfachung läßt sich bei der Landwirtsch. Statistik nicht erreichen.

Abg. Dr. Müsse (Soz.): Ich möchte mir zur Statistik einige Bemerkungen gestatten. Das Hauptziel des Sanjabinismus ist nicht die Produktion, sondern die Produktion der Bevölkerung.

Nach weiterer Debatte verlagert sich das Haus auf Sonnabend.

Anslaud.

Das Jubiläum des Königreichs Italien.

Aus Anlaß der nehmern hundertjährigen Jubiläumfeier der Einigung des Königreichs Italien...

Aus Anlaß des heutigen Jubiläumstag des Deutschen Reichs...

In der italienischen Deputiertenkammer wurde am gestrigen Freitag aus dem Munde...

Im weiteren Verlaufe der Sitzung verlas Präsident Marcora die Glückwünsche...

Das Jubelfest wurde in Turin gestern durch eine glänzende Versammlung der Bürgermeister...

Wie in französischen parlamentarischen Kreisen verläuft, wollen mehrere Depu-...

Ein Wadaifanbal vor der französischen Kammer.

Wie in französischen parlamentarischen Kreisen verläuft, wollen mehrere Depu-...

tierten besigen angehörl Schriftstücke, aus denen hervorgeht, daß sich der Sultan des Wobalans, Dumbrach, schon 1906 und 1907 bereit erklärte, die Oberhoheit Frankreichs anzuerkennen...

Russische Probemobilmachungen an der chinesischen Grenze.

Im Gebiet von Jennintienfeng findet gegenwärtig eine Probemobilmachung statt. Die dort stehenden Truppen sind bereits in Dreifach an der chinesischen Grenze zusammengezogen worden...

Frankreich. Die Deputiertenkammer wählte Mloz anstelle von Vercaux zum Vizepräsidenten.

Rom König Alfons. Der spanische Ministerpräsident erklärte das Gerücht, König Alfons werde nach Rom reisen, für falsch.

Rußland. Der Reichsrat beriet am 17. cr. die Vorlage betreffend die Semipalatinsk in den Westgouvernements.

Die Wahlen in Rumänien. Nach den nunmehr vorliegenden Wahlergebnissen zählt die rumänische Kammer 161 Konfervative...

Rumänien und Griechenland. Die offizielle bulgarische Presse ist der Absicht, die Wahlen zu boykottieren...

Aus der Türkei. Amlich wird aus Saloniki gemeldet: Die Mafschama überreicht eine fünfzigköpfige Deputation...

Neue Bürgervereine in Frankreich. Die Bürgervereine in Frankreich sind in den letzten Jahren sehr zahlreich entstanden...

Infolge Unwohlseins des türkischen Sultans fand der geliebte Selam nicht statt. Einem nachmittags ausgegebenen Bulletin zufolge...

Zur parlamentarischen Lage in England wird weiter aus London gemeldet: Von dem unionistischen Hauptquartier...

Die englischen Flottenbauten. Eine gegen die neuen Flottenbauten gerichtete Resolution wurde vom englischen Unterhaus...

Aus Mail und Fern. Die Gemeinderäte streiten. Man meldet aus Paris: Der Gemeinderat von Paris...

Die Gemeinderäte streiten. Man meldet aus Paris: Der Gemeinderat von Paris...

Die Gemeinderäte streiten. Man meldet aus Paris: Der Gemeinderat von Paris...

Die Gemeinderäte streiten. Man meldet aus Paris: Der Gemeinderat von Paris...

Die Gemeinderäte streiten. Man meldet aus Paris: Der Gemeinderat von Paris...

Die Gemeinderäte streiten. Man meldet aus Paris: Der Gemeinderat von Paris...

Die Gemeinderäte streiten. Man meldet aus Paris: Der Gemeinderat von Paris...

Die Gemeinderäte streiten. Man meldet aus Paris: Der Gemeinderat von Paris...

treter der Regierung erschienen waren, begrüßte Präsident Reichard, der zahlreiche Glückwünsche...

Provinz Sachsen und Umgebung.

Der Obstbauverein des Unterharzes.

hielt am 15. cr. in Gertrude unter dem Vorsitz des Oekonomisten Dr. Albert Münderhof seine sehr gut besuchte Hauptversammlung ab. Der Vorsitzende, Lehrer Hippriat, erstattete den Kassenericht.

Abbejan, 17. März. (Als Leide gelaundet.) Im „Zorg Kreisbl.“ lesen wir folgende Notiz aus Dornitzsch, 15. März: Der am diesjährigen Her der Ob...

Abbejan, 16. März. (Evangelisch-sozialer Prebverband.) Am Mittwoch fand in Delfsch in Gegenwart zahlreicher Mitglieder und Freunde...

Abbejan, 16. März. (Evangelisch-sozialer Prebverband.) Am Mittwoch fand in Delfsch in Gegenwart zahlreicher Mitglieder und Freunde...

Abbejan, 16. März. (Evangelisch-sozialer Prebverband.) Am Mittwoch fand in Delfsch in Gegenwart zahlreicher Mitglieder und Freunde...

Abbejan, 16. März. (Evangelisch-sozialer Prebverband.) Am Mittwoch fand in Delfsch in Gegenwart zahlreicher Mitglieder und Freunde...

Abbejan, 16. März. (Evangelisch-sozialer Prebverband.) Am Mittwoch fand in Delfsch in Gegenwart zahlreicher Mitglieder und Freunde...

Abbejan, 16. März. (Evangelisch-sozialer Prebverband.) Am Mittwoch fand in Delfsch in Gegenwart zahlreicher Mitglieder und Freunde...

Abbejan, 16. März. (Evangelisch-sozialer Prebverband.) Am Mittwoch fand in Delfsch in Gegenwart zahlreicher Mitglieder und Freunde...

Abbejan, 16. März. (Evangelisch-sozialer Prebverband.) Am Mittwoch fand in Delfsch in Gegenwart zahlreicher Mitglieder und Freunde...

Abbejan, 16. März. (Evangelisch-sozialer Prebverband.) Am Mittwoch fand in Delfsch in Gegenwart zahlreicher Mitglieder und Freunde...

Main table containing stock market data for various companies, organized in columns with company names and numerical values.

Vertical text on the right margin, likely a page number or reference code.